

# Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.  
Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Vorkäufer nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der Insertionspreis beträgt pro einpaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten. Alle Anzeigen-Bureaus nehmen Zulieferer für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Bloede in Bütow.

Verlag und Redaktion von J. Bloede in Bütow.

Nr. 10.

Dienstag, den 3. Februar

1891.

## Thermidor.

Am 9. Thermidor des Jahres II, wie in dem französischen Revolutionskalender der 27. Juli 1794 hieß, erfolgte Robespierres Sturz. Der „Thermidor“ bildet daher einen Markstein in der Geschichte Frankreichs, und Sardou, der gefeierte französische Dramatiker der Gegenwart, hat die historischen Vorgänge jener Thermidortage zu einem Schauspiel verwerthet, welches am Montag in der Comédie française zum ersten Male aufgeführt wurde.

Sardou ist Dichter und steht als solcher vielleicht auf einer höheren Stufe, als auf dem Terrain der Poesie; den französischen Dramatiker zum Trotz konnte er sich für die Mutmaßungen nicht begeistern und hat das „Blut für Blut“, dem Robespierre schließlich unterlegen, nicht mit jener Tragik behandelt, die den Herren Clemenceau, Laguerre und Genossen die rechte zu sein scheint. Die Folge davon war, daß bei der zweiten Aufführung des „Thermidor“ im Theater ein großartiger Skandal in Szene ging und die Darstellung abgebrochen werden mußte.

In Frankreich besteht ebenso eine Theaterzensur als bei uns. Diese Zensur hatte nichts gegen die Aufführung des „Thermidor“ einzuwenden gefunden; trotzdem verbot sie die weitere Aufführung des Stückes. Dadurch wurde die Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht; denn sofort wurde das Verbot wegen in der Deputiertenkammer eine Interpellation eingebracht und nicht ohne Beschwerden die Gegner der Regierung auf den Widerspruch hin, der darin liegt, anfänglich die Aufführung zu gestatten und die Zensur später zu unterjügen. Bei den Parteiverhältnissen der Deputiertenkammer konnte Ausgang der Angelegenheit von vornherein nicht zweifelhaft sein. Man hat sich gegenseitig die üblichen Schwelcheien gesagt, und dann wurde ein der Regierung genehmer Antrag mit der üblichen Mehrheit angenommen.

Die Abolition verlangen, daß die Regierung nicht fernhin das Andenken an die große Revolution durch die Aufführung des „Thermidor“ verunglimpfen lasse. — Die Regierung hat diesen Drängen nachgegeben und die Aufführung verboten. Darin liegt die politische Bedeutung der Affäre. Die Regierung hat unvorsichtlich ein Zeichen von Schwäche gegeben. Das wird auch durch die Erklärung des Ministers Bourgeois nicht bemängelt: Man könne die Revolution ehren, auch wenn man ihre Ausschreitungen verabscheue und die Menschen verdamme, welche auf Frankreich ein so häßliches Tyrannen jähren ließen. Thermidor enthalte nur Widerspruch gegen die Schreckensherrschaft, nicht aber gegen die Revolution selbst.

Gerade wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, ist das Verbot noch ungreiflicher. Hatte denn die Regierung, dieselbe, die mit dem Vandalismus fertig geworden ist, kein anderes Mittel, die Ordnung anzusetzen zu erhalten, als das Verbot eines Stückes, dessen Tendenz sie selber als berechtigt anerkennt? Das heißt denn doch in Wirklichkeit nichts anderes, als moralisch abhandeln, wenigstens die Kammermehrheit den Beschluß der Regierung indirekt gutgeheißt hat.

Die Abolition sind natürlich sehr vernünftig; sie haben gesagt und man kann ihnen den durch organisiertes Standmaßdanken erzwungenen Nutzen wohl gönnen, denn derartige Ereignisse erringt die breite Allgemeinheit nur allzu oft. Aber wenn von ihrer Seite der Versuch gemacht wird, das Verbot des Stückes so zu denken, als ob Robespierre und die übrigen Schreckensmänner als unantastbar, gewissenhaft als französische Nationalheilige, hingestellt würden, so ist das einfach lächerlich. Wie schon vor mehreren Jahren bei der Aufführung von Wagners „Lohengrin“, so hat auch diesmal wieder eine französische Regierung vor einem Panzer von Schreibern die Segel gestrichen und zwar gegen ihre bessere Überzeugung. Der eigentümliche Nationalismus Frankreichs — während der „großen Revolution“ wurden 2. Arbeitseinstellungen als „Beinträchtigung der Freiheit des Einzelnen“ sehr hoch betrachtet — war früher durchaus nicht so empfindlich. Während der zweiten Republik kam François Bonard, „Charlotte Corday“ auf die Bühne, worin die Schreckensmänner durchaus nicht sein

umgegangen und besonders Marat keineswegs als Lügenbold dargestellt wurde. Aber die parfümierten Salon-Kabaleen von heute leiden an dem Uebel des Zeitalters, an der Nervosität, und diese hat die vorsorgliche Regierung geschont, indem sie „Thermidor“ verbot.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Der Kaiser ließ, wie aus Wien gemeldet wird, am Freitag, dem Sterbetage des Kronprinzen Rudolf, auf den Sarg desselben einen Kranz mit der Widmung: „Dem treuen Freunde — Kaiser Wilhelm II.“ niederlegen.

\* Einem Besuch Kaiser Wilhelms in Lissabon und Madrid kündigte die portugiesische Zeitung „Odia“ jüngst an. Die Nordd. Allg. Ztg. erklärt anscheinend offiziell die ganze Nachricht für aus der Luft gegriffen.

\* Der Eintritt des Grafen Waldersee von seinem Amte als Chef des Generalstabes dürfte nunmehr zur Thatfache werden. Wie verlautet, wird in militärischen Kreisen der bevorstehende Wechsel in der Leitung des Großen Generalstabes bereits als etwas Bestimmtes besprochen. Auch das offizielle Telegraphenbüro hat dahingehende Mitteilungen weiter verbreitet. Als Nachfolger Waldersees werden außer dem General v. Bezzezumski noch genannt: Graf Faefeler, Graf Schlieben und General v. Wittich.

\* Der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha hat den freisinnigen Rechtsanwalt Streng an Stelle des konfessionellen Herrn v. Bonin in der Leitung der Staatsgeschäfte beauftragt.

\* Der Reichstag widerspricht der Nachricht, daß der Bundesrat die Beschlüsse der Arbeitervereine für unannehmbar erklärt habe. (Es sind immer nur einige, allerdings Hauptpunkte, als solche bezeichnet worden, die dem Bundesrat unannehmbar erscheinen sollen.)

\* Die zweite Lesung des Arbeitergesetzes geschied im Laufe der neuen Woche noch nicht erfolgen können, die noch für die Beratungen des Staats (Kabinettsrat, Armee und Marine) freigehalten werden muß. Ob unter diesen Umständen die Arbeitergesetze noch im Februar zu erledigen ist, dürfte mindestens zweifelhaft sein.

\* Zur Reform des Militärstrafprozesses, mit welcher sich bekanntlich im Sommer und Herbst v. eine Kommission beschäftigt, die von Mitgliedern aus Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg gebildet war, und über welche dann Ende Oktober von einer Subkommission ein Gutachten ausgearbeitet wurde, hört man, daß derselbe voraussichtlich dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt werden wird. Der Gutachten soll Änderungen des bisherigen Verfahrens, besonders in bezug auf die Obliegenheiten des Anklägers, auf die Verteidigung wie auf das Richterpersonal enthalten. Die Stellung des „untersuchungsführenden Offiziers“ soll ganz in Fortfall kommen und jede Untersuchung einer Strathat in die Hände eines Juristen (Substituten) gelegt werden.

### Oesterreich-Ungarn.

\* Die für den 2. Februar in Aussicht genommene Abreise des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Ungarn nach Petersburg ist auf den 4. oder 5. Februar verschoben worden.

\* Die Ministerhoffnungen, welche anlässlich der österreichischen Reichsratswahlen von einigen Seiten bei den Deutschliberalen erweckt werden sollten, erweitern sich bereits allmählich. Die hochschöpische Wiener Abendpost erklärt, daß die Mitteilungen der Wähler über angebliche Vorgänge im Saal des Kabinetts anlässlich der Aufhebung des Abgeordnetenhauses, sich nicht auf eine willkürliche Kombination“ beziehen.

### Frankreich.

\* Obwohl die Mehrheit der Kammer sich in der „Thermidor“-Angelegenheit auf Seite der Regierung gestellt hat, scheint der Skandal noch keineswegs beendet, da sich nun das leicht erregbare Völkchen der Studenten ins Zeug legt. Diner 30 waren in die Redaktion des „Qualité“ eingedrungen und hatten dort die Redakteure mißhandelt, auch wiederzukommen verbotenen, wenn dieselben nicht öffentlich Abbitte für gewisse der ganzen Studentenschaft von Paris zugehörige Verleumdungen leisten. Am Freitag früh wurde nun die „Qualité“ mit Beschlag belegt, weil (statt der Abbitte) ein Artikel in dem Blatte erschien, welcher „zu den Waffen!“ rief.

\* Die Roll-Kommission der Kammer hat einen Beschluß gefaßt, den die Journale als

einen standalösen bezeichnen. Sie hat nämlich beschloffen, den zur Papierfabrikation bestimmten Holzbrei (Cellulose), der bis jetzt tollfrei ist, mit einem Eingangszoll von 2 Franc, 2½ Franc, 3 Franc und 3½ Franc, je nach der Güte zu belasten. Der Deputierte des Bogefens-Departements, Boucher, der selbst Fabrikant von Cellulose ist, hat hauptsächlich zu diesem Beschlusse beigetragen. Die Presse wird voraussichtlich alles aufbieten, um zu verhindern, daß die Kammer diesen Beschluß beschließt, durch welchen indirekt die abgeschaffte Papiersteuer wieder eingeführt würde.

### England.

\* Die Entdeckung Kochs kam am Donnerstag auch im Unterhause zur Sprache. Auf eine Anfrage über das Verhalten der Regierung gegenüber der Entdeckung des Professor Koch erwiderte der Erste Lord des Schatzes Smith, die weitverbreitete Anerkennung des Wertes des Heilmittels seitens der Ärzte aller Weltteile und das Gefühl der Segnungen, die er seinen Mitmenschen verliehen habe, sei eine große Belohnung für Koch. Er glaube nicht, daß irgend ein Schritt der englischen Regierung die Genehmigung erhöhen könne, die Professor Koch über die Aufnahme empfinden müsse, die seine Entdeckung in der zivilisierten Welt gefunden habe.

\* Das Parlamentmitglied für Southampton, Bradlaugh, ist am Freitag früh gestorben. Bradlaugh hat sich viel dadurch zu sich reden gemacht, daß er sich als Gottesleugner betamte, und sich demgemäß weigerte, den vorgeschriebenen Parlaaments Eid zu leisten.

Die Times erfahren, daß Balfour seinem Gegner Mr. Carthy und dessen Freunden hat mitteilen lassen, daß er einwischen am Sonntag die Parlaamentsrede in Bezug auf die Arbeitervereine gehalten. Die Anti-Parnelliten wollen Balfours Beispiel folgen und gleichfalls die Feindseligkeiten einstellen. Beide Parteien folgen darin dem Rate M. O'Brien. Die antiparnellitischen Abgeordneten haben wenig Hoffnung, daß ein einseitiger Ausgleich erreicht wird, sollte selbst während der allgemeinen Wahlen Waffenruhe erklärt werden.

### Italien.

\* Aus Rom ist die überraschende Kunde eingetroffen, daß dieselbe plötzlich eine Ministerkrisis ausgebrochen sei, deren nächste Veranstaltung die Beratung in der Deputiertenkammer über den Gegenstand betreffend die Anwendung der provisorischen Erhöhung der Eingangszölle und die Steuer auf die Fabrikation von Alkohol war, wobei es zwischen dem Minister-Präsidenten Crispi und den Rednern der Opposition zu heftigen Szenen kam. Nachdem die Majorität der Kammer gegen die Regierung votiert hatte, wurde die Kammer bis auf weiteres vertagt und Crispi reiste in Urlaub ab. Crispi ist ein. Bereits am Sonntag hat der König mit dem Ministerpräsidenten und mehreren führenden Politikern Besprechungen gehabt. Die Lage ist sehr kritisch, die Annahme jedoch nicht ausgeschlossen, daß schließlich der Konflikt beigelegt wird und Crispi bleibt.

### Spanien.

\* Bei den Wahlen in Sallegos de Argaman (Provinz Salamanca) kam es zu Unruhen, wobei drei Personen von Bauern, welche zu den Gegnern der Regierungsabteilung gehörten, durch Hinteilung getötet wurden. Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß in Spanien anlässlich der Wahlen sich eine allgemeine Gährung bemerkbar mache.

### Portugal.

\* In Oporto, der zweiten Stadt des Landes, haben am 31. v. mehrere Komponenten Soldaten von verschiedenen Regimentern eine republikanische Erhebung versucht. Die Aufständischen suchten sich des Gebäudes der Polizeiprestitutur und des Telegraphengebäudes zu bemächtigen, was indessen nicht gelang. Der Justizminister übertrug seine Vorgesetzten sofort dem General Comaral, Oberbefehlshaber der Militär-Division in Oporto, welcher alsbald die der Regierung treu gebliebenen Truppen gegen die Aufständischen vorgehen ließ. Der Führer der letzten Scheitern der Abdolaf Vega, ein Republikaner, zu sein. Die Zahl der bei den bisherigen Kämpfen auf beiden Seiten Getöteten und Verwundeten betrug etwa zehn. Nach Verichten vom Sonntag kam die Bewegung als vollkommen unterdrückt gelten.

### Rußland.

\* Die russische Regierung beabsichtigt, anlässlich der bevorstehenden Erneuerung ihrer Handelsverträge mit verschiedenen Staaten eine grundsätzliche Veränderung dahin einzutreten zu lassen, daß sie nunmehr mit den einzelnen Mächten Separatverträge abzuschließen will, während

bisher die russischen Handelsverträge auf einer für alle Staaten gemeinsamen Grundlage beruhen. — (Das sieht fast so aus, meint die „Fr. Ztg.“, als ob Rußland geneigt sei, einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen unter der Bedingung der Ausbeutung der Oesterreich-Ungarn zugestandenem Ermächtigung der Oesterreich-Ungarn auf russische Getreide.)

### Athen.

\* Nach einer Meldung aus Bombay ist daselbst das weitere Bestätigung bedürftige Gerücht verbreitet, daß der Emir von Afghanistan geordnet sei. Wenn das Gerücht sich bewahrheitet, so dürften wiederum Verwicklungen in Afghanistan bevorstehen, wo die russischen und englischen Interessen sich schroff gegenüberstehen und Präzedenzen in großer Anzahl vorhanden sind. Andere in London eingelaufene Depeschen besagen, daß der Emir zwar schwer erkrankt war, sich aber auf dem Wege der Genesung befinde.

### Amerika.

\* Zu der Revolution in Chile meldet ein in London eingegangenes Telegramm, die Bemühungen des englischen Konvikts in Lima, zwischen dem Präsidenten Palma und dem Kongress zu vermitteln, seien gescheitert. Die Regierungstruppen weigerten sich, gegen die Aufständischen zu kämpfen. In einem zweiten Telegramm heißt es, die chilenische Regierung ziehe ihre Kruppen in Santiago und Valparaiso zusammen, es sei in den nächsten Tagen ein Zusammenstoß zu erwarten. Ein Telegramm aus Valparaiso vom 28. sagt, das aufständische Geschwader sei an allen Punkten, wo es angegriffen habe, geschlagen worden.

## Deutscher Reichstag.

In der Freitagssitzung des Reichstages kam zunächst der Etat der Reichs-Justizverwaltung zur Beratung. — Abg. v. Buol führt aus, wie es die Strafrechtspflege wesentlich fördern würde, wenn die Strafschutz mit dem Strafvollzug in Verbindung gebracht werde, berichte andere kriminalistische Spezialfragen und sprach namenslich sein Bedenken gegen die wirkungsvollen kurzen Freiheitsstrafen aus. — Abg. Bödel äußert, daß durch das neue bürgerliche Gesetzbuch der Grundbesitz und namentlich der kleine bäuerliche Besitz noch mehr unrentlich werden wird. Demnach ist kritisierte er die Gebührensordnung der Rechtsanwältinnen, und wünscht eine Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes. Die Wählerproteste will er den Schwurgerichten überweisen. — Staatssekretär v. Lehmann erklärt, das bürgerliche Gesetzbuch habe er hier nicht zu verteidigen, da es noch gar nicht fertig sei, wie die Bestimmungen schließlich anzustellen würden und welche Stellung der Bundesrat einnehmen werde. — Abg. Krumm kam die allgemeinen Klagen des Abg. Bödel nicht für gerechtfertigt halten. An dem bürgerlichen Gesetzbuch habe sich die Meinung unserer Nation nur Kritik ausgiebig bekräftigt; es ständen sich die Anschauungen vielfach diametral entgegen. — Abg. Heine und Stadthalter brachten verschiedene Beschwerden über Strafrechtspflege und Strafvollzug vor. — Staatssekretär v. Lehmann erklärte über den Stand des Gebäudes für das Reichsgericht und spricht die Erwartung aus, daß der Bau zur aufschlagsmäßigen Zeit fertig gestellt werden würde. — Nachdem der Etat der Justiz-Verwaltung erledigt, wurde die Beratung des Postetats fortgesetzt und beendet. Beim Titel: „Postämter“ empfing Abg. Hartmann eine Gehaltserhöhung für die Postdirektoren. — Staatssekretär v. Stephan erwidert, daß eine solche Erhöhung nur im Rahmen der allgemeinen Gehaltserhöhung thunlich ist. Bei dem Fonds für Vernehmung von Telegraphenlinien hebt Staatssekretär v. Stephan hervor, daß Deutschland die meisten Telegraphen-Anstalten von allen Staaten, nämlich 1120, habe. Beim Etat der Reichsdruckerei bemerkt Abg. Schmidt-Sachsen, daß die Löhne in der Reichsdruckerei niedriger seien, als in der Privatindustrie, und meint, daß die Monopolen der Reichsdruckerei für die Privatindustrie bedenklich sei. — Direktor Fischer entgegnete, daß thatsächlich die von der Reichsdruckerei gezahlten Löhne höher seien, als in der Privatindustrie. Nachdem der Etat der Reichsdruckerei überwunden war, wurde die Beratung vertagt.

## Handbuch für das Deutsche Reich.

Das im Reichstag des Innern bearbeitete Handbuch für das Deutsche Reich ist in der Ausgabe aus dem Jahr 1891 wieder vollständig zum Gehörstag des Reichstages erschienen und dem Kaiser überreicht worden. Die jährlichen Veränderungen bei den verschiedenen Behörden und Abteilungen im Laufe des verfloffenen Jahres